

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Austräger  
und für Nummern die Postämter  
entgegen. — Erscheint werktäglich.  
Jahrespreis — Anschlag Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagsanstalt für das Erzgebirge  
Postfach Nr. 100  
Königsberg  
Verlagsgesellschaft  
Königsberg  
Königsberg  
Königsberg

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 100. Königsberg.

Nr. 40

Dienstag, den 17. Februar 1925

20. Jahrgang

### Dr. Luther über die deutsche Ostgrenze

Königsberg, 15. Febr. Heute mittag wurde die 10. deutsche Ostmesse durch einen Festakt eröffnet, dem außer Reichskanzler Dr. Luther und Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus zahlreiche Vertreter der Staats-, Provinzial- und städtischen Behörden bewohnten. Oberbürgermeister Dr. Lohmeier bewillkommnete den Reichskanzler sowie die anderen Gäste mit einer Ansprache, in der er besonders den verkehrstechnischen Wünschen der Provinz Ostpreußen Ausdruck gab.

Reichskanzler Dr. Luther hielt darauf eine Rede, in der er u. a. sagte: Der Sinn der heute zu eröffnenden Ostmesse sei ein doppelter: einmal solle sie dazu dienen, innerhalb des gesamten deutschen Wirtschaftslebens die Bande immer fester und enger zu knüpfen; zum anderen aber wolle Ostpreußen mit dieser Ostmesse seine alte Aufgabe weiter erfüllen, die immer noch dem Osten gewiesen habe. All das, was Ostpreußen Positives leistet, geschieht auf der Grundlage schwerer Not. Die landwirtschaftliche Bestockung des vorigen Jahres ist überaus ungünstig gewesen. Das Schicksal der Fischerei ist eine dauernde Sorge Ostpreußens. Die seitliche Epidemie hat eine Schwereigkeit hinzugebracht. Aber das Schlimmste von allem ist die gesamte politische Lage, wie sie sich für die Provinz Ostpreußen ergeben hat.

Die alte große Frage Ostpreußens, das verstimmt und von seinen Schwesterprovinzen und dem Mutterlande abgehängt wurde, kann auch von dem größten Diktator nicht anders als außerordentlich schwierig bezeichnet werden.

Weshalb wird es nicht und psychologischen Umstände, die sich aus der Abschließung ergeben, ist Ihnen allen bekannt. Sie wissen, daß der Vinnenschiffahrtsverkehr durch das polnische Pommerellen völlig bariert liegt, und auch der Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland vollständig durchwegs nicht reibungslos. Einige Streitfälle werden demnächst das in Danzig für den Korridorverkehr eingeführte Schiedsgericht beschäftigen.

Wenn wir die Situation Ostpreußens im einzelnen überblicken, so erhalten wir folgendes Bild: Das Memelland ist durch den Versailler Vertrag an die alliierten Mächte abgetreten. Deutschland hat damit auf das Gebiet verzichten müssen. 1923 haben die Litauer das Memelland eigenmächtig besetzt. Die alliierten Mächte haben die Souveränität Litauens anerkannt, aber unter der Bedingung, dem Memelgebiet eine Autonomie zu gewähren. Litauen hat im Laufe des Jahres 1924 das von einer internationalen Kommission ausgearbeitete Memelstatut angenommen. Auf die Art der Durchführung konnte ich noch zurück.

Besonders schwierig sind ferner die Verhältnisse an der Weichselgrenze. Zwar hat das glänzende Abstimmungsresultat vom Juli 1920 bestätigt, daß das südliche Ostpreußen und der der Abstimmung unterworfenen Teil Westpreußens deutsch sind und deutsch bleiben wollen. Leider aber sind fünf Dörfer auf dem rechten Weichselufer mit dem Hafen von Kurzebrack Polen zugesprochen.

Die Grenze, die bereits im Frühjahr 1922 festgelegt ist, verläuft so unglücklich, daß der Weichseldeich nicht weniger als viermal durchschnitten ist.

Die Frage des Zuganges der ostpreußischen Bevölkerung zur Weichsel ist, da Verhandlungen mit Polen hierüber nicht zum Ziele führten, durch die Vorkonferenz vorläufig im Dezember 1923 geregelt worden; die endgültigen Bestimmungen sind jetzt am 1. Februar in Kraft getreten. Diese Fragen sind sämtlich Gegenstand unaufhörlicher und eindringlicher Bemühungen der Reichsregierung gewesen.

In der Memelfrage hat sich die deutsche Reichsregierung, obwohl Deutschland nicht Vertragspartei des Memelabkommens ist, fortgesetzt bemüht, durch Verhandlungen mit Litauen auf baldige lokale Durchführung der Autonomie, insbesondere auf baldige Ausführung der Wahlen zum memelländischen Landtage hinzuwirken. Ich begrüße es deshalb, daß der neue litauische Herr Ministerpräsident in seiner Programmrede die baldige Vorlage eines Gesetzes über die Wahlen im Memelgebiete in Aussicht gestellt hat.

Die vielfachen Proteste und jahrelangen Verhandlungen bezüglich der Grenzführung an der Weichsel haben einen wirklichen Erfolg leider nicht erzielt. Doch ist es wenigstens gelungen, die Befestigung der Grenze so lange hinauszuschieben, bis die Regelung des Zuganges zur Weichsel erfolgt war. Aber auch diese Regelung des Zuganges zur Weichsel ist in einer Weise geschehen, die für Deutschland und Ostpreußen durchaus unbefriedigend ist.

Wenn auch die jetzt in Kraft getretenen endgültige Regelung gegenüber den vorläufigen Bestimmungen einige kleine Verbesserungen ausweist, so kann z. B. die polnische Regierung doch die einzige Ostpreußen bewilligte Anlagestelle bei Kurzebrack ohne Einverständnis mit der deutschen Regierung beliebig verlegen, und auch das Schiedsgericht, das auf deutschen Wunsch bei der Regelung eingefügt ist, ist nur für die Klärung, aber nicht für die Durchführung der getroffenen Regelung zuständig.

Diese ganzen an der Weichsel so geschaffenen Verhältnisse werden aber von der deutschen Regierung als im Widerspruch stehend zum Versailler Vertrag betrachtet. Sie sind überdies in jeder Weise unnatürlich. Fünf Dörfer auf dem rechten Weichselufer, die nun zu Polen gehören, sind von allen ihren wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen abgeschnitten, und namentlich die mehrfache Durchbrechung des Weichselstroms durch die Grenze kann erhebliche Gefahren für die hinter den Deichen liegende Warmerdener-Niederung heraufbeschwören. Aus allen diesen Gründen kann die deutsche Regierung nicht unterlassen und wird es auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit tun, immer wieder auf die an dieser Stelle geschaffenen unnatürlichen Grenzverhältnisse hinzuweisen und eine Besserung mit allem Nachdruck zu erstreben.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete wird die Reichsregierung für Ostpreußen alles tun, was möglich ist. Wir sind uns freilich der Notwendigkeit guter deutsch-russischer Beziehungen bewußt geblieben. Diese Überzeugung von dem gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse ist auch im Ausland lebendig und wir haben daher die bestimmte Hoffnung, daß es gelingt, bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Sowjetrußland ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen werden am 1. März beginnen. Die deutsche Regierung geht auch an diese Verhandlungen mit dem besten Willen heran und hat den Wunsch, auch sie beschleunigt zum Abschluß zu bringen, da sie der Überzeugung ist, daß eine Verständigung in beliderichtigtem wirtschaftlichen Interesse der beiden Völker liegt.

Voraussetzung eines befriedigenden Erfolges ist selbstverständlich, daß Polen diesen guten Willen der deutschen Regierung nicht durch eine unfreundliche Haltung gegenüber den in Polen lebenden Deutschen beeinträchtigt. Gerade in diesen Tagen hat Deutschland eine Note nach Warschau richten müssen, in der es mit Bedauern feststellt, daß Polen die Ausweisung evangelischer Geistlicher trotz wiederholter deutscher Vorstellungen vornehme, ohne stichhaltige Gründe dafür auch nur anzudeuten.

Die Handelsvertragsverhandlungen werden auf der Basis der gegenseitigen allgemeinen Weisbegünstigung geführt. Die Provinz Ostpreußen und die Stadt Königsberg haben dafür umfangreiche Wünsche vorgelegt. Die Reichsregierung wird bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland und Polen alles daran setzen, um diese Wünsche, soweit es irgend möglich ist, durchzusetzen.

Der Reichskanzler brachte dann zum Ausdruck, daß Ostpreußen sich immer seiner besonderen Aufgaben im Gesamtleben des deutschen Volkes bewußt gewesen sei und daß das Reich sich aber auch im Rahmen des für uns nun einmal durch die Verhältnisse abgesteckten Möglichen immer bemühen werde, Ostpreußens Lebenskampf zu unterstützen. So könne er Ostpreußen als deutsche Wacht im Osten, starker, sich immer erneuernder Beifall folgte den Ausführungen des Reichskanzlers.

Nach der Rede des Reichskanzlers ergriff Oberpräsident Stehr das Wort und dankte dem Reichskanzler herzlich für seine Ausführungen. Nach einem Rundgang durch das Rathaus wurde bei Oberbürgermeister Dr. Lohmeier ein Frühstück in engem Kreise statt, dem sich am Nachmittag ein Tee im Oberpräsidium anschloß, auf dem abermals herliche Ansprachen gehalten wurden.

#### Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus.

Königsberg, 15. Febr. Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus ergriff auf der Ostmesse anläßlich des abendlichen Zusammenkommens das Wort und führte etwa folgendes aus: Die diesjährige Ostmesse verpreche einen günstigen Verlauf und bilde damit ein weiteres Glied zu dem Ziele, welches auch die bisherigen Messen verfolgten: „Der Länder verbindende Markt des Ostens zu werden“. Hier spreche jeden die Hoffnung an, die so notwendig sei. Bei dem schweren Weg, den die deutsche Wirtschaft zur wirtschaftlichen Freiheit auf den durch den Versailler Vertrag unterhöhlten Wirtschaftsgrundlagen zu beschreiten habe. Man dürfe nicht von den Augenblicksverhältnissen aus die Lage der deutschen Wirtschaft beurteilen und vergessen, daß wir jetzt in den Jahren der wirtschaftlichen Notempfang leben. Nur durch Zufluß der Auslandskredite sei unser kapitalarmer Wirtschaftskörper bisher aufrecht erhalten worden, was sich in der starken Passivität der Handelsbilanz des vorigen Jahres

ausdrückte. Eine seiner ersten Regierungshandlungen hätte aber einer Warnung gelten müssen, diese Auslandskredite produktiv zu gestalten und nur unter günstiger Führung heranzunehmen und zu verwenden. Preissteigernde Tendenzen seien durch die Weltmarktkonjunkturen wie auch zum Teil durch die Auslandskredite bei uns hervorgerufen, welche ihrerseits wieder die Löhne trieben. Aus dieser Gesamtlage heraus seien die großartigen Vorarbeiten der Königsberger Kaufmannschaft und Stadtgemeinde, die Warenausfuhr zu heben und die Verbindungen nach dem Osten hin zu knüpfen, so sehr zu begrüßen. Ostpreußen habe vor dem Kriege trotz seines rauhen Klimas und der ungünstigen Fruchtfolge zum übrigen Reich seinen wirtschaftlichen Ausgleich durch die Einfuhr von russischen Futtermitteln und die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte gefunden. Diese naturnotwendigen Wirtschaftsbeziehungen seien durch politische Schranken, den polnischen Korridor und durch die politische Prestigepolitik der letzten Jahre schwer und allzu lang gestört worden. Es sei nun hohe Zeit, im Interesse aller Ostländer den wirtschaftlichen Austausch hier zu beginnen. Schon heute sei Osteuropa ein großer Kunde Deutschlands geworden, und die deutsche Einfuhr aus dem Osten habe sich gehoben. Man sei nicht alle Hoffnung auf einen lebhaften Handel mit den Oststaaten erfüllt. Der Rapallo-Vertrag habe die Beziehungen mit Rußland nicht in dem erwarteten Maße geknüpft. Vor allem sei die Kapitalarmut der Ostländer schuld daran gewesen, wenn sie ihre Käufe bei den hochverzinsten Ländern deckten. Es zeige sich aber schon jetzt, daß dieser Kreditvorsprung durch deutsche Qualitätsarbeit mehr als aufgehoben werde. Auch dürften die politischen Momente keineswegs auf die Dauer die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen stören. So müßten die Handelsvertragsverhandlungen mit den Ostländern von dem Geiste getragen werden, die Kontinuität des Ostpreußischen Handels zu unterstützen. Auf die russischen Verhandlungen eingehend, betonte der Minister, daß die deutsche Delegation aus Moskau zurückgekehrt sei, um nunmehr in Berlin die Vorbereitungen für weitere Verhandlungen zu treffen. Die polnischen Verhandlungen seien bisher durch politische Momente stets vereitelt worden. Seit Jahren habe man deutschseits versucht, mit Polen zu einem verständigen Wirtschaftsabkommen zu gelangen. Mehrfach seien Wirtschaftsverhandlungen im Gange gewesen, so in Berlin und zuletzt — im Jahre 1922 — in Dresden. Am Widerstand Polens seien diese jedesmal gescheitert. Erst am 13. Januar 1925 sei mit Polen ein Protokoll abgeschlossen worden mit der Abrede, daß beide Länder sich auf dem Gebiete des Warenverkehrs keine Schwierigkeiten machen und allgemeine Handelsvertragsverhandlungen am 1. März 1925 in Berlin beginnen sollten. Die Vorbereitungen seien vor der Vollenbung. Mit Litauen wurde am 1. Juni 1923 ein umfassender Handelsvertrag unterzeichnet, welcher der Ratifikation harre. Der Grenzverkehrsvertrag und die Vereinbarung zum Schiffsverkehrs- und Fischereiverkehr warteten ebenfalls auf Ratifizierung. Damit dürften die engen Beziehungen der beiden Grenzgebiete noch fester geknüpft sein. Mit Finnland, Estland und Lettland seien noch ins einzelne gehende Abkommen und Tarifabreden getroffen. Über der Grundlag der Weisbegünstigung, den Deutschland zur Richtschnur seiner Handelsvertragspolitik nehmen müsse, liege bereits den bisherigen Verträgen mit Lettland und Estland zu Grunde.

Um den weiteren Handelsvertragsverhandlungen das Fundament zu schaffen, werde in der nächsten Zeit dem Reichstag die Zolltarifnovelle vorgelegt. Es würde bedauerlich sein, wenn diese Vorlage zum Unheil inneren politischen Streites genommen würde, wo die Novelle sich doch sachlich bei allen bisherigen Verhandlungen als dringend notwendig erwiesen habe und diese Notwendigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch bei den Beratungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates anerkannt worden wäre. Eine Zollvorlage könne nicht vom einseitigen Interessenstandpunkt beurteilt werden. In ihr müßten die gesamtwirtschaftlichen inneren wie äußeren Erfordernisse ausgewogen sein. Auch nicht allein vom Standpunkt der ausländischen Wirtschaftslage und der momentanen Preisverhältnisse dürfe die Zollvorlage beurteilt werden. Die Zollvorlage müsse einerseits so geschaffen sein, daß sie die berechtigten Schutzinteressen aller wirtschaftlichen Kreise Deutschlands ausreichend berücksichtige, und daß sie andererseits die Stellung unserer Handelsvertragsunterhändler bei den schwierigen Verhandlungen nachdrücklicher und wirksamer gestalte, als es der bestehende Zolltarif ermdöglchte. Auch in der Zoll- und Handelsvertragspolitik müsse deshalb die Grundlinie berücksichtigt werden, eine Stärkung der stetigen Faktoren in der Wirtschaft herbeizuführen, damit wir die kurzatmigen, ruckweisen Konjunkturwellen überwinden und wieder eine planvolle Wirtschaftskulmination in Handel und Gewerbe durchzuführen können. Die deutsche Wirtschaft könne auf die Dauer nur gestärkt werden, wenn wir nur den hauptsächlichsten Faktoren unserer inneren Wirtschaft — und damit auch der Landwirtschaft — die